



FORUM CONSTITUTIONIS EUROPÆ

FCE 1/01

DIE ERGEBNISSE DES GIPFELS VON NIZZA

AUSWIRKUNGEN AUF DEN ERWEITERUNGSPROZESS

GÜNTER VERHEUGEN

Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe "Forum Constitutionis Europae" des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin am 29. Januar 2001

- 1 Meine Damen und Herren,
die Osterweiterung ist innerhalb des gesamten Erweiterungsprozesses der wichtigste Teil. Wenn sie vollendet ist, wird Europa in eine völlig neue Phase seiner Geschichte eintreten. Wir werden ein Maß an europäischer Einheit erreicht haben, dass es in der Geschichte unseres Kontinents so noch nie gegeben hat.
- 2 Wir verhandeln mit zehn mittel- und osteuropäischen Staaten über die volle Mitgliedschaft in der EU: es sind die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands Polen und Tschechien und schließlich Ungarn, die Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien. Diese Länder sind alle in der einen oder anderen Weise Opfer der gewalttätigsten Ideologien des 20. Jahrhunderts geworden: Nationalsozialismus und Stalinismus.
- 3 Sie stehen also vor einer doppelten Aufgabe: sie müssen sich einerseits aus totalitär beherrschten Gesellschaften zu modernen Demokratien, zu Rechtsstaaten, zu funktionierenden Marktwirtschaften und offenen toleranten Gesellschaften entwickeln, andererseits müssen sie sich auf die Übernahme und Anwendung der Regeln vorbereiten, die in der Rechtsgemeinschaft EU gelten.
- 4 Es ist erhellend, die Osterweiterung der EU aus zwei Perspektiven zu betrachten: aus der Perspektive der künftigen Mitglieder und aus der Perspektive der bestehenden Union.
- 5 Aus der Perspektive der Kandidaten, jedenfalls der meisten von ihnen, geht es um eine historische Korrektur. Sie hatten das Unglück, jahrzehntelang auf der falschen Seite des Eisernen Vorhangs leben zu müssen. Das war eine direkte Folge der deutschen Aggressions- und Vernichtungspolitik – man sollte das in Deutschland nie vergessen. In Polen z.B. war bei Kriegsende der Kommunismus vollkommen bedeutungslos. Niemals hätte sich dieses Land freiwillig dem Sowjetblock angeschlossen.
- 6 Erst seit dem großen Umbruch von 1989 haben die Völker Mittel- und Osteuropas die Freiheit der Wahl. Die entschlossene und sehr frühe Hinwendung zum sich vereinigenden Europa hatte eine glasklare Logik. Es sollte nicht wieder das entstehen, was früher einmal und gelegentlich noch heute als "Zwischeneuropa" bezeichnet wurde.
- 7 Das war nicht für alle selbstverständlich. Ich erinnere mich noch gut an ein Gespräch mit einem der bedeutendsten außenpolitischen Denker unserer Zeit, Henry Kissinger, kurz nach dem Mauerfall, der die künftige Rolle dieser Staaten darin sah, einen Sicherheitsgürtel zwischen Westeuropa und der damals noch bestehenden Sowjetunion zu bilden.
- 8 Im zentralen Punkt hatte Kissinger natürlich recht: es ging um die Frage, wie aus der neuen Lage heraus anhaltender Frieden und gesicherte Stabilität für Europa entwickelt werden konnte. Die späteren Ereignisse auf dem Balkan haben es eindeutig erwiesen. Frieden und Stabilität sind in Europa nur dort gesichert, wo sich Europa vereint. Wo die Perspektive des vereinten Europa fehlt, bleiben die klassischen europäischen Konfliktursachen bestehen. Die Konflikte auf dem Balkan haben auch gezeigt, dass Konflikte irgendwo in Europa immer ganz Europa gefährden. Nicht ohne Grund tun Soldaten der Bundeswehr heute Dienst in Bosnien und im Kosovo.
- 9 Wie schon bei den früheren Erweiterungen um Spanien, Portugal und

- Griechenland geht es also darum, die Stabilität junger Demokratien zu sichern und die alten Konfliktherde ein- für allemal zu beseitigen. Man kann wohl sagen, dass die Perspektive der europäischen Integration in Mittel und Osteuropa als ein gewaltiger Beschleuniger gewirkt hat. Ich bin fest davon überzeugt, dass die große Leistung der Systemtransformation nicht so erfolgreich gewesen wäre, wenn es die Perspektive der künftigen EU-Mitgliedschaft nicht gegeben hätte.
- 10 Gelegentlich wird argumentiert, die Osterweiterung sei nicht so dringlich, weil das wesentliche ja schon erreicht sei. Man könne die jungen Demokratien und sich entwickelnden Marktwirtschaften ruhig noch etwas warten lassen und erst die Vertiefung der Europäischen Union vorantreiben. Vereinzelt wird sogar vor einer Überdehnung gewarnt – weder historisch noch kulturell wachse hier zusammen, was zusammengehöre, sondern es werde sich ein Europa der Beliebigkeit entwickeln, weit entfernt von der Vision der Gründergeneration.
 - 11 Diesem Gedanken muss ich deutlich und hart widersprechen. Was den Zeitfaktor angeht, so wird bei den Bedenkenträgern übersehen, dass die Erwartung der gleichberechtigten EU-Mitgliedschaft der Motor der Reformen war und ist. Gewiss sind die Märkte bereits offen, gewiss sind die großen Wachstumschancen bereits da, aber sie wären es nicht ohne das klare Ziel der EU-Mitgliedschaft.
 - 12 Für die Staaten Mittel- und Osteuropas ist die europäische Integration Mittel und Zweck zugleich. Wenn ihnen der Weg in die EU versperrt wäre oder wenn sie nur eine sehr vage Beitritts Hoffnung hätten, würde ihre politische und wirtschaftliche Stabilität sehr schnell dahin sein.
 - 13 Was die historischen und kulturellen Bindungen angeht, so glaube ich nicht, dass die kulturellen Unterschiede zwischen Finnland und Griechenland geringer sind als die zwischen Bulgarien und den Niederlanden. Kulturelle und nationale Unterschiede, aber auch die jeweils ganz eigene Nationalgeschichte, werden in Europa nicht als trennende Elemente verstanden. Diversität ist charakteristisch für Europa. Anders als die USA, wo das aber auch nicht so ganz gilt, ist Europa nie ein Schmelztiegel gewesen und wird es auch nicht werden. Das einigende Band ist auch ohne Verschmelzung stark genug. Es beruht auf Werten und auf Interessen.
 - 14 Wir haben in Europa die gemeinsame Überzeugung, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Minderheitenschutz die entscheidende Voraussetzung, ja der Wesenskern für politische und wirtschaftliche Stabilität sind. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist ein lehrreiches Beispiel dafür, dass ein System der Unterdrückung für lange Zeit eine scheinbare Stabilität herbeiführen kann – aber eben nicht auf Dauer. Eine politische Ordnung, die den Menschen aufgezwungen wird, hält nicht.
 - 15 Was die Interessen angeht, so sind sie ebenfalls politischer und wirtschaftlicher Natur. Ein vereintes Europa wird seine Kräfte nicht mehr schwächen in ewigen Nachbarschaftskonflikten und Stammeskriegen, sondern es wird seine politischen und wirtschaftlichen Potentiale nutzen, um im 21. Jahrhundert angesichts schnell wachsender Globalisierung der Märkte und des Wettbewerbs Freiheits- und Lebenschancen für die Menschen zu bewahren.
 - 16 Um es kurz und knapp zu sagen: aus der Sicht der EU-Kandidaten in Mittel- und Osteuropa gibt es kein einziges stichhaltiges Argument, warum sie allein wegen der Folgewirkungen eines Aggressionskrieges, den sie nicht angefangen haben,

- von den Vorteilen der europäischen Einigung ausgeschlossen sein sollen. Die Botschaft, die bei ihnen ankommt, würde anders lauten: Die Westeuropäer wollen zwar unsere Märkte, uns aber wollen sie nicht. Sie wollen wohl den ökonomischen Rahm abschöpfen, aber Solidarität zeigen wollen sie nicht.
- 17** Aus der Sicht der 15 EU-Mitglieder ist die Erweiterung die einzig angemessene Antwort auf die epochalen Veränderungen, die in Europa ihren sichtbarsten Ausdruck wenige Meter von hier entfernt im Fall der Mauer am 9. November 1989 gefunden haben. Wir sollten aber nie vergessen, dass der große Wandel nicht damit angefangen hat. Immerhin gab es in Polen schon im August 1989 eine demokratische Regierung und Polen war kein kommunistisches Land mehr. Die EU hat einige Zeit gebraucht, um die richtige Entscheidung zu finden: keine Zwischenlösungen, keine teilweise Mitgliedschaft, die es ohnehin nicht gibt, kein vergrößerter Europäischer Wirtschaftsraum, sondern die volle Integration. Dies ist der anspruchsvollste Weg, auch der zeitaufwendigste, aber auch derjenige, der den strategischen Interessen Europas am stärksten entspricht.
- 18** Es ist richtig, dass die Erweiterung eher zögerlich begonnen wurde und von Anfang an von vielen Zweifeln begleitet war. Das Bild hat sich jedoch im letzten halben Jahr vollkommen verändert. Für die 15 ist die Erweiterung zur Zeit das wichtigste gemeinsame Projekt. In fast allen zentralen Fragen der europäischen Integration gibt es innerhalb der 15 verschiedene Auffassungen, bei der Erweiterung nicht mehr. Alle Mitgliedstaaten gehen von derselben strategischen Erwägung aus, nämlich der Notwendigkeit, Stabilität zu projizieren. Das liegt in ihrem ureigensten Interesse. In normalen Zeiten tritt der friedenspolitische Aspekt der Erweiterung etwas in den Hintergrund und die Probleme der strukturellen Anpassung und Rechtsangleichung werden stärker betont. In einer Krisensituation, wie wir sie 1999 mit dem Kosovokonflikt hatten, treten die strategischen Notwendigkeiten dafür um so stärker hervor. Es ist kein Geheimnis, dass die weitreichenden Entscheidungen von Helsinki 1999, darunter das Verhandlungsangebot an sechs weitere Staaten, sehr stark unter dem Eindruck der Balkankrise standen.
- 19** Aber nicht nur die großen politischen Ziele, auch eine nüchterne Betrachtung der wirtschaftlichen Perspektiven führt zu dem Ergebnis, den großen Wurf zu wagen. Mittel- und Osteuropa hat ein enormes Wachstumspotential. Es entwickeln sich neue Märkte mit großen Chancen für alle Beteiligten. Natürlich sind die ökonomischen Erwartungen, die mit der Erweiterung verbunden sind, sehr unterschiedlich. Die Kandidaten erhoffen sich eine starke Steigerung ihrer ökonomischen Dynamik und eine allmähliche Annäherung an den Lebensstandard in Westeuropa. Sie können mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten rechnen. Gleichwohl wird der Prozess der Angleichung sehr lange dauern. Die 10 Kandidaten in Mittel- und Osteuropa erreichen zusammen nur die Wirtschaftskraft der Niederlande, ihr gemeinsames Bruttosozialprodukt beträgt nur 6 Prozent des BSP der heutigen EU. Mithin sind die ökonomischen Auswirkungen der Erweiterung auf die jetzige EU kurzfristig nicht dramatisch, langfristig allerdings werden die Wachstumskräfte für ganz Europa bedeutend gestärkt. Insgesamt wird die Wettbewerbsfähigkeit Europas zunehmen. Europas Position als stärkster Wirtschaftsblock der Welt wird weiter ausgebaut. Wir können übrigens heute schon deutlich sehen, dass die ökonomischen Vorteile der

- Erweiterung in Deutschland und Österreich am stärksten zu Buche schlagen. Hier wirkt sich die Nähe zu den neuen Märkten als Wettbewerbsvorteil sehr deutlich aus.
- 20** Ich rate dazu, die wirtschaftliche Dynamik in den Beitrittsländern nicht zu unterschätzen. Sie erzielen schon jetzt hohe Wachstumsraten. Die positiven Folgen der Strukturreformen sind bereits sichtbar. Sie werden es bald überall sein. Wenn wir in dem dynamischen Wirtschaftsraum Südostasien von den kleinen Tigern sprechen, so möchte ich das abwandeln und die Kandidatenländer in Mittel- und Osteuropa als junge Bären bezeichnen – Bären deshalb, weil sie sich schneller bewegen als man denkt (und natürlich auch, weil wir in der Hohen Tatra keine Tiger haben, aber Bären).
- 21** In diesem Zusammenhang ein Wort zum EURO. Ich sehe nicht die Gefahr, dass die Erweiterung die Stabilität des EURO gefährden könnte. Die Währungsunion ist Teil des Vertrags und wird daher mit allen Kandidaten verhandelt. Es wird aber keinen automatischen Beitritt zum EURO geben. Dazu müssen die Maastricht-Kriterien erfüllt sein, und es gelten uneingeschränkt die strengen Regeln für den Zutritt zur gemeinsamen Währungszone. Im Ergebnis wird das größere Währungsgebiet, in dem klare finanzpolitische und haushaltspolitische Vorgaben gelten, den EURO sogar stärken können.
- 22** Es ist gelegentlich – gerade auch im Hinblick auf die ökonomischen Folgen der Erweiterung – argumentiert worden, man müsse zunächst die Integration der heutigen 15 so weit vorantreiben wie irgend möglich und sich erst dann der Erweiterung zuwenden. Das Argument war ziemlich durchsichtig: man misstraute den künftigen Mitgliedern und unterstellte, dass sie den Integrationsfortschritt aufhalten würden. Das war der eigentliche Kern der Debatte über Vertiefung und Erweiterung. Ich habe Vertiefung und Erweiterung nie als Gegensätze begriffen. Es ist eindeutig falsch zu glauben, dass die Völker Mittel- und Osteuropas nichts anderes im Sinn hätten, als möglichst schnell an die Fleischtöpfe der EU zu kommen, wenn das Bild von den Fleischtöpfen im Zeichen von BSE noch verwendbar sein sollte. Die künftigen neuen Mitglieder haben im Gegenteil ganz genau verstanden, dass die EU mehr ist als eine große Umverteilungsmaschinerie. Sie verstehen ganz und gar, dass sie ihre unter Opfern und Schmerzen gewonnene nationale Unabhängigkeit am besten bewahren können, wenn sie Teil des Souveränitäts-Pools werden, den die EU geschaffen hat. Es gibt auch keinen Anlass anzunehmen, dass sie sich weniger gemeinschaftsfreundlich verhalten werden als der Durchschnitt der jetzigen Mitglieder. Ich gebe zu, dass dazu nicht viel gehört. Aber schon im eigenen Interesse werden die neuen Mitglieder für starkes Gemeinschaftsrecht, für starke Gemeinschaftsinstitutionen, für wirkungsvolle Gemeinschaftspolitik und für einen leistungsfähigen Gemeinschaftshaushalt eintreten. Jedenfalls haben sie in der Vorbereitung auf die Regierungskonferenz in Nizza übereinstimmend die jeweils gemeinschaftsfreundlichste Alternative unterstützt.
- 23** Ich sehe die Gefahr nicht, dass die Erweiterung weitere Vertiefung unmöglich machen wird. Ich sehe sie vor allem nicht, weil der Reformprozess in Nizza ja nicht abgeschlossen wurde, sondern im Gegenteil einen neuen Impuls erhalten hat. Natürlich müssen die Kandidaten in dieser neuen Phase der Reform viel stärker mitwirken können – bis hin zur gleichberechtigten Mitentscheidung, falls

- die ersten Beitritte schon stattgefunden haben sollten, bevor die nächste Regierungskonferenz abgeschlossen ist. Schon jetzt sind Erweiterung und Vertiefung ein paralleler Prozess. Ich glaube sogar, dass die Mitwirkung der Kandidatenländer neue und interessante Aspekte in die Diskussion bringen wird. Ich glaube, dass der europäische Enthusiasmus der künftigen neuen Mitglieder schon jetzt positive Wirkungen zeitigen kann.
- 24** Damit bin ich bei Nizza angekommen. Aus der Sicht des Erweiterungskommissars war Nizza ein weiterer Meilenstein. Alles, was erreicht werden musste, wurde auch erreicht. Es sind jetzt alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss des Projekts Erweiterung auf der Seite der EU gegeben. Wir haben seit dem Beschluss über die Agenda 2000 in Berlin 1999 den finanziellen Rahmen, und der ist auch stabil. Wir haben seit Nizza die Antwort auf die in Amsterdam offen gebliebenen institutionellen Fragen, und wir haben seit Nizza auch einen Verhandlungsfahrplan, der uns erlaubt, das zu tun, was in Helsinki 1999 schon beschlossen wurde, nämlich bis Ende 2002 aufnahmebereit zu sein.
- 25** Es gibt keine left-overs mehr, und es sind auch keine neuen Bedingungen geschaffen worden. Für notwendig erachtete weitere Reformen im institutionellen Bereich, z.B. die Kompetenz-Regelung, stehen in keiner inhaltlichen Verbindung zur Erweiterung und werden, wie schon dargestellt, parallel vorangetrieben. Dies musste klargestellt werden, weil es ja in Deutschland auch eine andere Diskussion gegeben hatte. Ich fand die Idee sehr unglücklich, dass auch die Kompetenzfrage noch gelöst sein müsste, bevor die ersten Beitritte stattfinden können. Das hätte bedeutet, die Erweiterungspolitik zur Geisel zu nehmen für ein aus meiner Sicht durchaus berechtigtes Anliegen, das aber mit der Erweiterung nun einmal nichts zu tun hat.
- 26** Über die Qualität der institutionellen Beschlüsse von Nizza kann man streiten. Es ist bekannt, dass die Kommission deutlichere Reformschritte gewünscht hätte. Aber man muss hier unterscheiden: die Hauptaufgabe von Nizza war es, die institutionellen Voraussetzungen für die Erweiterung zu schaffen. Das ist geschehen. Größe und Zusammensetzung der Kommission sind geklärt, die Stimmengewichtung im Rat ist entschieden, die Sitzverteilung im Parlament ist geregelt. Auch ich glaube, dass das eine oder andere hätte besser geregelt werden können. Besonders die Regelung der Stimmengewichtung und der Mehrheitsberechnung im Rat ist schwach und stellt eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung dar. Der viel überzeugendere, weil transparentere, einfachere und demokratischere Vorschlag der Kommission, das Prinzip der doppelten einfachen Mehrheit einzuführen, war leider nicht durchsetzbar.
- 27** Auch bei der Frage, welche Politikbereiche in Zukunft der Mehrheitsentscheidung unterworfen sein sollen, waren die nationalen Interessen zu stark. Hier muss ich auch sagen, dass es wohl in Zukunft schwieriger sein wird, Einstimmigkeit zu erreichen – das legt allein die Wahrscheinlichkeitsrechnung nahe. Bei 27 am Tisch ist das Risiko größer, die Einstimmigkeit nicht zu erreichen, als bei 15. Deshalb müssen die Bemühungen auch weitergehen, in allen Gemeinschaftsmaterien die Mehrheitsentscheidung zum Regelfall zu machen. Die neuen Mitglieder werden übrigens das Lager derjenigen stärken, die diese Reform wollen.
- 28** Auf der positiven Seite muss man verbuchen, dass die Stellung des Kommissions-

Präsidenten in Nizza gestärkt wurde und dass das Flexibilitätsprinzip in Zukunft tatsächlich anwendbar sein wird. Ich halte gerade das für ein zentrales Ergebnis, denn wir sind bereits in einer Phase, in der Integrationswillen und Integrationsbedürfnisse sehr stark differieren. Dass es in Nizza nicht zu dem ganz großen Wurf gekommen ist, hat im übrigen nichts mit der Erweiterung zu tun. Es war nicht die Furcht vor möglicherweise unberechenbaren neuen Mitgliedern, die zu einer gewissen Ängstlichkeit führte, sondern es war ein Mangel an gemeinsamer Vision. Die 15 haben keine gemeinsame Vorstellung von der zukünftigen Gestalt der Union. Und deshalb ist es so schwer, sich auf die jeweils nächsten Schritte zu einigen.

- 29** Ich fürchte, dass uns dieses Problem noch lange begleiten wird. Wir werden die europäische Integration auch in Zukunft als die Kunst des zu einer gegebenen Zeit für alle Mitglieder Möglichen erleben. Dies mag für leidenschaftliche Befürworter der Integration enttäuschend sein – aber wäre es eine vernünftige Alternative, auf das Erreichbare zu verzichten, weil das Gewünschte nicht vollständig erreichbar ist? Ich sage dies im Hinblick auf die Notwendigkeit der Ratifizierung des Vertrags von Nizza bis Ende 2002. Ich verstehe die Enttäuschung vieler Parlamentarier, vor allem auch im Europäischen Parlament, muss aber sagen, dass ein Scheitern des Vertrags von Nizza fatale Folgen hätte. Der Erweiterungsfahrplan könnte nicht eingehalten werden, das gesamte Projekt könnte scheitern. Denjenigen, die laut darüber nachdenken, den Vertrag von Nizza abzulehnen, sicherlich aus ehrenwerten Motiven, muss ich deutlich sagen, dass diese Motive in Warschau, Prag und Budapest überhaupt nicht verstanden werden und dass man dort vor allem nur das Nein hören wird.
- 30** Das Ja zum Vertrag von Nizza sollte auch dadurch erleichtert werden, dass der Reformprozess ja weiter geht und sogar eine Richtung nimmt, die viele vor kurzem noch für unmöglich gehalten hätten. Der französische Außenminister Hubert Vedrine hat vor Nizza gesagt, dass wir in Europa nicht auf einer ewigen Baustelle leben können. Das ist sicher richtig. Aber gleichwohl ist in Nizza eine neue Baustelle eingerichtet worden. Und das war auch richtig.
- 31** Einer Tradition dieses Ortes und dieser Veranstaltungsreihe folgend, möchte ich jetzt für ein paar Minuten aus der Rolle des Kommissars heraustreten und als europäischer Bürger reden. Wir sind ja alle eingeladen zu einer breiten Diskussion über die Zukunft Europas, und da möchte ich einen Beitrag leisten können, ohne dass die Institution, der ich angehöre, dafür in Haftung genommen werden kann.
- 32** Wir nähern uns einer großen Verfassungsdebatte. Die Themen, um die es nach Nizza geht, sind eindeutig konstitutioneller Natur. Die Schaffung eines europäischen Grundvertrags, die Abgrenzung der Kompetenzen, die Realisierung des Prinzips der Subsidiarität, die vertragliche Verankerung der Grundrechte-Charta und die Rolle der nationalen Parlamente im europäischen Einigungswerk – das sind konstitutionelle Fragen.
- 33** Ich bin für eine europäische Verfassung. Das klingt revolutionärer als es ist, denn in Wahrheit haben wir eine, wenn auch sozusagen apokryph und nicht jedermann leicht zugänglich. Die europäischen Verträge enthalten alle Elemente, die man für eine klassische Verfassung braucht. Es ist nicht allzu schwierig, aus den bestehenden Verträgen eine Verfassung zu destillieren, ohne die Substanz der Verträge zu ändern. Dafür gibt es sogar schon Textentwürfe.

- 34 Das allerdings reicht mir nicht. Wir werden das Problem der wachsenden Entfremdung zwischen den europäischen Institutionen und ihren Entscheidungen auf der einen Seite und den Bürgerinnen und Bürgern Europas auf der anderen Seite nur dann lösen können, wenn wir uns ernsthaft mit den Ursachen dieser Entfremdung auseinandersetzen. Die Problemanalyse ist nicht sehr kompliziert und dazu braucht man keine aufwendigen Umfragen. Die Bürgerinnen und Bürger leben mehr und mehr in dem Gefühl, dass irgendeine anonyme Macht, die man als "Brüssel" bezeichnet, immer stärker regulierend in ihr Leben eingreift und dass sie diese Macht weder durchschauen noch kontrollieren noch beeinflussen können. Das ist die klassische Beschreibung eines Demokratiedefizits.
- 35 Wenn ich bei einer guten Fee einen Wunsch frei hätte, dann würde ich mir wünschen, dass wir den gesamten Gemeinschaftsbereich der EU auf die demokratische Höhe bringen, die in den Mitgliedstaaten selbstverständlich ist. Es ist schon oft gesagt worden und nicht mehr besonders witzig, aber es besteht eben das Paradox, dass die EU bei sich selber nicht Mitglied sein könnte.
- 36 Mir geht es neben der Verbesserung der demokratischen Qualität der EU gleichzeitig um die Stärkung der Gemeinschaftsidee. Ich erlebe es in meinem jetzigen Amt sehr oft, dass die Gemeinschaftsmethode in Frage gestellt wird – manchmal aus Unwissenheit, manchmal aber auch, weil es der eine oder andere für erstrebenswerter hält, die europäischen Dinge im Direktkontakt zwischen den Regierungszentralen zu regeln. Das ist gefährlich. Das Gemeinschaftsprinzip ist das, was die Union auszeichnet und was sie alle anderen supranationalen Einrichtungen voraus hat. Stattdessen auf intergouvernementale Zusammenarbeit zu setzen, mag verführerisch sein, aber es kann letztlich nur zu einem ewigen Gezerre und Gefeilsche führen. Entweder gilt dann das Recht des Stärkeren oder das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners.
- 37 Meine Auffassung ist, dass wir gleichzeitig mehr Demokratie und mehr Gemeinschaft schaffen können, wenn wir uns in ein echtes parlamentarisches System verwandeln. Dazu braucht das Europäische Parlament, in dem es dann keine nationalen Listen mehr geben dürfte, seine vollen parlamentarischen Rechte. Zur Balance braucht man dann eine Zweite Kammer, die den föderalen Charakter der Union repräsentieren würde. Diese zweite Kammer könnte Senat oder Staatenhaus oder Staatenrat heißen, sie könnte nach dem amerikanischen Senatsmodell oder nach dem deutschen Bundesratsmodell organisiert sein. Sie würde im Gemeinschaftsbereich die bisherige Rolle des Rates übernehmen und im wesentlichen ein Gesetzgebungsorgan sein. Das hätte Folgewirkungen für die Legitimationsbasis der Kommission und vielleicht auch ihre Funktion; das will ich hier nur andeuten. In einem solchen System würde ganz klar werden, dass die Union auf zwei Säulen ruht: auf Völkern und auf Staaten.
- 38 Ich bin nicht der Meinung, dass die europäische Staatenwelt verschwinden wird oder verschwinden sollte. Die kulturelle und nationale Vielfalt Europas wird es so schnell jedenfalls nicht erlauben, auf die Identität stiftende Rolle der Staaten zu verzichten. Ich möchte keinen europäischen Über-Staat, sondern ich möchte, dass wir das gemeinsam tun, was sinnvollerweise gemeinsam getan werden sollte, und der große Rest bleibt nationale Verantwortung. Ich hoffe, dass ich außer Verdacht stehe, der Re-Nationalisierung Europas das Wort zu reden, aber ich finde, es sollte auch einmal überlegt werden, ob Aufgaben, die jetzt in Brüssel erledigt werden,

- auf die nationale Ebene zurückverlagert werden können. Es sollte von Zeit zu Zeit ganz ergebnisoffen überprüft werden, ob die gegebene Aufgabenteilung noch sinnvoll ist. Wer so lange bayerischer Bundestagsabgeordneter war wie ich, hat das Subsidiaritätsprinzip im Blut: Politische Entscheidungen sollten immer so nahe am Bürger getroffen werden wie überhaupt möglich.
- 39** Ich weiß natürlich, dass die Sachzwänge, denen wir unterliegen, in der Tendenz mehr Gemeinschaftskompetenz verlangen und nicht weniger. Aber gerade deshalb sollte Kompetenzverlagerung keine Einbahnstraße sein.
- 40** Neben den Fragen der europäischen Architektur halte ich es für besonders dringlich, dass wir zu einer Konzentration auf die großen und langfristigen Aufgaben kommen. An erster Stelle möchte ich innere und äußere Sicherheit nennen, sodann die Verbesserung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ziel, mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, und schließlich glaube ich, dass Europa auch seine globale Rolle definieren muss.
- 41** Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zurückkehren zum Thema Erweiterung und abschließend noch etwas zu den Perspektiven sagen. Der Prozess ist weit fortgeschritten, wir nähern uns schon der Zielgeraden. Alle Kandidaten haben gute Fortschritte gemacht und sind durch die Ergebnisse von Nizza noch einmal ermutigt worden. Die derzeitige schwedische Ratspräsidentschaft hat die Erweiterung zu ihrer ersten Priorität erklärt. Gemeinsam steigern wir die Dynamik und die Qualität der Verhandlungen. Wir sind jetzt bei den wirklichen Substanzfragen angekommen.
- 42** Die Prinzipien, die den Erweiterungsprozess leiten, haben gut funktioniert. Das wichtigste Prinzip ist das der individuellen Verdienste. Jedes Land wird entsprechend seiner tatsächlichen Fortschritte beurteilt und muss nicht auf andere Länder warten. Das gilt für alle. Ich möchte die Kandidaten jetzt nicht im einzelnen betrachten, sondern im Hinblick auf die besondere Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen nur ein Wort zu Polen sagen.
- 43** Polen ist in der jüngsten Vergangenheit gelegentlich ungerecht beurteilt worden. Natürlich sind die Verhandlungen mit Polen komplizierter als mit anderen, aber das liegt an der Größe des Landes. Polen erfüllt politisch und wirtschaftlich die Beitrittsbedingungen im wesentlichen schon jetzt. Die Rechtsangleichung ist noch nicht abgeschlossen, aber das ist nirgendwo der Fall. Wie alle anderen Kandidaten auch muss Polen sich sehr darauf konzentrieren, die Sicherheit zu gewährleisten, dass nach dem Beitritt das Gemeinschaftsrecht auch vollständig angewandt wird. Ich sehe aber keinen Grund, warum Polen das nicht schaffen sollte. Die Frage, ob man sich eine erste Erweiterungsrunde ohne Polen vorstellen kann, ist rein hypothetisch. Polen wird nach meiner festen Überzeugung zur ersten Runde gehören und Polen wird das aus eigener Kraft und nicht aufgrund einer rein politischen Entscheidung schaffen.
- 44** Das zweite Verhandlungsprinzip, das Prinzip der Differenzierung, hat uns erlaubt, auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten jedes einzelnen Landes gezielt einzugehen und für jedes Land eine Art Maßanzug zu schneiden. Dieses Prinzip macht die Arbeit für uns schwieriger, aber es liegt im Interesse der Kandidaten und erhöht die Glaubwürdigkeit.
- 45** Schließlich will ich noch das Prinzip des Aufholens erwähnen. Damit soll erreicht werden, dass die sechs Länder, die erst seit einem Jahr verhandeln, eine faire

- Chance bekommen, zu den anderen sechs aufzuschließen. Einige Länder haben dieses Ziel schon fast erreicht.
- 46** In Nizza ist, entgegen manchen Ankündigungen und Erwartungen, ein realistisches Zeitfenster für die ersten Beitritte geschaffen worden. Die Staats- und Regierungschefs haben dem Strategiepapier der Kommission zugestimmt. Das bedeutet, dass wir ein klares Mandat haben, die Verhandlungen mit den Kandidaten, die alle Bedingungen erfüllen, bis Ende 2002 abzuschließen.
- 47** Diese Länder sollen dann an der Europa-Wahl des Jahres 2004 teilnehmen können, so dass die tatsächlichen ersten Beitritte zwischen Anfang 2003 und Anfang 2004 liegen werden. Wieviele und wer – das weiß auch ich nicht, und es hat keinen Sinn, mich danach zu fragen. Wenn wir bei unseren Prinzipien bleiben, ergibt sich das tatsächliche Beitrittsszenario mehr oder weniger von selbst.
- 48** Freilich: wir haben noch einen steinigen Weg vor uns. In allen Kandidatenländern sind die wirtschaftlichen Strukturreformen noch nicht abgeschlossen. Weitere schmerzhaft Entscheidungen sind unvermeidbar. Der dornige Anker der Agrarpolitik liegt ebenfalls noch unbearbeitet vor uns. Es ist wichtig zu verstehen, dass man zwar einen Zusammenhang zwischen Agrarreform und Erweiterung herstellen kann, dass dies aber nicht zu Verzögerung führen darf.
- 49** Wir werden den *acquis* verhandeln, der zum Zeitpunkt der Verhandlungen gilt. Wenn sich der *acquis* während der Verhandlungen ändern sollte, werden wir die Verhandlungen anpassen. Aber wir können nicht warten, bis eine mögliche Agrarreform abgeschlossen ist.
- 50** Schwierig werden alle Themen sein, die mit dem Transfer von Geld zu tun haben, namentlich die Regionalpolitik. Bis 2006, solange gilt die derzeitige finanzielle Vorausschau, haben wir einen klaren finanziellen Rahmen. Danach wird sich noch einmal zeigen müssen, wieviel Solidarität die alten Mitglieder gegenüber den neuen aufbringen wollen.
- 51** Meine Damen und Herren, der "point of no return" ist inzwischen überschritten. Wir werden dieses historische Projekt zu Ende bringen. Die Kommission ist entschlossen, den größten Teil noch während der laufenden Amtsperiode zu erledigen – also bis 2005. Ich bin guten Mutes. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir am Ende eine breite Unterstützung in den Gesellschaften der Mitgliedsstaaten haben werden. Mir sind die Sorgen und Ängste vieler Menschen, gerade auch in Deutschland, sehr bewusst. Die Verhandlungsergebnisse werden aber zeigen, dass die Erweiterung die Probleme nicht schafft, sondern sie lösen wird. Ich glaube, dass die Generation, die jetzt in Europa Verantwortung trägt, einen Auftrag hat, dem sie sich nicht entziehen kann. Wir können jetzt die Einigung Europas ein großes Stück voranbringen. Es gibt Risiken dabei, ohne Frage. Das größte Risiko in Verbindung mit der Erweiterung wäre es allerdings, die historische Chance jetzt nicht zu ergreifen.

Das *Forum Constitutionis Europae* wird aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung gefördert.